

## 3.57 Für Demokratie, Toleranz und Vielfalt: Rechtsextremismus aus christlicher Überzeugung bekämpfen!

**Beschluss des BDKJ-Hauptausschusses vom 19./20. Juni 2009**

### **Wir stellen fest:**

**Rechtsextremismus zeigt sich in unterschiedlichen Gewändern und spricht unterschiedliche Personen an.**

Jeden Tag werden Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund verübt. Gleichzeitig wird mit immer subtileren Methoden versucht, antidemokratische Parolen und Positionen in die Mitte der Gesellschaft zu transportieren. Rechtsextremistische Propaganda wird verbunden mit Themen wie der Arbeitsmarktlage oder der Kritik an Globalisierung und Kapitalismus. Darüber hinaus besetzen die Rechten auch lokalpolitische Themen (z.B. Schulschließungen, Bauvorhaben, usw.), um so Bürgernähe zu suggerieren. Unter dem Deckmantel der Vertretung vermeintlich sozialer Interessen werden aber weiterhin anti-freiheitliche und anti-demokratische Ziele verfolgt.

Rechtsextremismus begegnet uns im öffentlichen Raum und als Folge auch wieder stärker in den Parlamenten. Das stereotype Bild vom glatzköpfigen, bildungs- und sozialschwachen Schläger in Bomberjacke und Springerstiefeln stimmt so nicht mehr: Immer häufiger unterscheiden sich rechtsextreme Jugendliche optisch nicht mehr von der Gesellschaft bzw. anderen Jugendkulturen. Eine Unterwanderung bürgerlicher Organisationen wird so möglich und intensiv als Strategie eingesetzt. Damit einhergehend nehmen die öffentlichen Aktivitäten rechtsextremer Gruppierungen, die als Familien-, Stadtteil-, oder Jugendangebote getarnt werden, zu. Es erfüllt uns mit großer Sorge, dass rechtsextreme Gruppierungen sich mit ihren Angeboten immer mehr in der Mitte unserer Gesellschaft etablieren. Besondere Sorge gilt dabei den Kindern und Jugendlichen. Häufig werden sie in perspektivlosen und angebotsarmen Situationen von rechtsextremen Gruppierungen „aufgefangen“. Wo demokratische, sinnstiftende und lebensweltbezogene Angebote fehlen, nutzen rechte Gruppierungen das so entstandene Vakuum für ihre Zwecke aus. Zudem nehmen wir wahr, dass die so genannte neue intellektuelle Rechte einen immer größeren Einfluss bekommt.

Ebenfalls eher unterschätzt, aber wichtig für die gesamte Auseinandersetzung mit den rechtsextremen Tendenzen in Deutschland, ist die Rolle rechtsextremer Mädchen und Frauen.

Das Rollenbild von Mädchen und Frauen in der

rechtsextremen Szene reicht von der Fixierung auf eine extreme Überhöhung der Mutterschaft bis hin zu einem Nationalen Feminismus.

Oft haben diese Frauen den Auftrag, weitere Mädchen und Frauen zu rekrutieren und Personen anzusprechen, die sich vom martialischen, gewalttätigen Auftreten vieler rechtsextremer Männer abschrecken lassen.

Dennoch steigt die zum Teil auch gewalttätige Präsenz rechtsextremer Mädchen und Frauen bei öffentlichen Auftritten.

Die verstärkte Präsenz von Frauen hat zudem einen Stabilisierungseffekt der Szene. Partnerschaften in der rechtsextremen Szene sind einfacher zu leben. Kinder werden in einer familiär homogenen nationalistischen und rassistischen Atmosphäre erzogen.

Durch ehrenamtliches Engagement z.B. in Vereinen oder Elternbeiräten nutzen Frauen aus der rechtsextremen Szene ihren Zugang zur so genannten Mitte der Gesellschaft, um ihre politischen Inhalte einfließen zu lassen.

Die Grenzen zwischen bürgerlichem und rechtem Lager werden immer fließender. Im öffentlichen Raum gibt die extreme Rechte sich teilweise sogar als offizielle katholische Plattform aus. So überrascht es nicht, dass es auch zunehmend in der bürgerlichen Mitte wieder opportun wird, rechtes Gedankengut bzw. diskriminierende Äußerungen gegen Minderheiten kund zu tun. Zumal auch Politikerinnen und Politiker in Wahlkämpfen nicht davor zurückschrecken, auf dem Rücken von Minderheiten nach Stimmen im rechten Lager zu fischen.

Die rechtsextreme Szene versucht offensichtlich durch zwei Maßnahmen Einzüge in die Parlamente zu erhalten: Zum einen durch eine stärkere gemeinsame Koordination, zum anderen durch Gründung von „Pro Parteien“. Diese versuchen, ihr rechtsextremes Gedankengut mit Bürgerlichkeit und einem neuen katholischen Fundamentalismus zu verbinden sowie Heimatgefühle der Menschen für propagandistische Zwecke zu missbrauchen.



**Die christliche Botschaft und der gesellschaftliche Konsens über die Menschenrechte sind mit Rechtsextremismus unvereinbar.**

Als Christinnen und Christen glauben wir an einen Gott, der jedem Menschen zu einer eigenen und unauflöschbaren Würde verhilft. Im Alten Testament wird dies schon im 1. Schöpfungsbereich deutlich. Gott hat den Menschen - Mann und Frau – als sein Ebenbild geschaffen. Es wird nicht unterschieden nach Aussehen und Art, nach Nationen oder Kulturen. Der Mensch ist Gottes Ebenbild. Allen Menschen kommt dieselbe Würde zu, weil sie alle Kinder des einen Vaters sind. In Jesus Christus ist diese Menschenliebe Gottes zu einem jeden Menschen vertieft worden. So heißt es u. a. im Neuen Testament: „Es gibt nicht mehr Juden und Griechen, nicht Sklaven nicht Freie, nicht Mann und Frau; denn ihr alle seid „Einer“ in Christus Jesus“. (Gal 3,28) Auch in lehramtlichen Aussagen finden sich klare Positionen zur Unantastbarkeit der Würde des Menschen. So stellt die Pastoralkonstitution *Gaudium et spes* fest, dass „[...] was immer die Unantastbarkeit der menschlichen Person verletzt[...]in höchstem Maße ein Widerspruch gegen die Ehre des Schöpfers“ ist.

Dieses christliche Grundverständnis findet sich im Grundsatzprogramm des BDKJ wieder. „Der BDKJ setzt sich für die Achtung und Verwirklichung der Menschenrechte ein.“ Der Einsatz für Demokratie und für die Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt sowie gegen jegliche Form von Diskriminierung gehört zu den wesentlichen Grundhaltungen und zum Selbstverständnis des BDKJ. Als Christinnen und Christen und als Interessensvertretung von Kindern und Jugendlichen ist es uns ein Anliegen, auf gesellschaftliche Tendenzen und Entwicklungen im Bereich Rechtsextremismus hinzuweisen, die unserer Meinung nach alarmierend sind und entsprechende politische Forderungen abzuleiten.

Für uns als katholische Christinnen und Christen ist es inakzeptabel, dass es auch in der katholischen Kirche immer noch Menschen gibt, die nicht begreifen, dass die lebensfrohe Botschaft Jesus Christi, allen Menschen die volle Würde und „das Leben in Fülle“ (Johannes 10,10) zukommen lässt und niemanden ausschließt. Insbesondere bekennen wir uns zur besonderen Verantwortung der Kirche für die Solidarität mit unseren Geschwistern jüdischen Glaubens und treten jeder Form von Antisemitismus aufs Schärfste entgegen.

**Wir handeln:**

**In den katholischen Jugendverbänden werden Menschenwürde und Demokratie erlebbar. Menschenverachtung und Extremismus haben bei uns keinen Platz. Als Jugendverbände sind wir selbst Garant für den Fortbestand und die Weiterentwicklung der Demokratie in Deutschland.**

In den katholischen Jugendverbänden haben rechts-extremistische, antisemitische und menschenverachtende Äußerungen keinen Platz. Wir reagieren unmissverständlich schon auf erste Anzeichen rechtsextremistischer Tendenzen bei Mitgliedern, Teilnehmerinnen und Teilnehmern innerhalb unserer verbandlichen Arbeit.

Wir verpflichten uns,

- die politische Bildungsarbeit innerhalb unserer Verbände auf allen Ebenen weiter zu fördern. Die thematische Auseinandersetzung mit Demokratie und Menschenrechten, sowie die Aufklärung über die menschenverachtenden Hintergründe und Arbeitsformen rechtsextremistischer Gruppierungen sind für uns unerlässliche Elemente unserer politischen Bildung; so stärken wir unsere Mitglieder gegen Rechtsextremismus,
- in besonderer Weise ein Augenmerk auf die speziellen Rollen und Funktionen rechtsextremistischer Mädchen und Frauen zu legen,
- Konzepte weiter zu entwickeln, die unsere verbandlichen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren im Umgang mit Gewalt und in der Fähigkeit mit Jugendlichen ins Gespräch zu kommen und Stellung zu beziehen schulen und
- wo sich rechtsextremes Gedankengut offensichtlich als Grundhaltung manifestiert hat, Ausschlussverfahren aus dem Verband zügig einzuleiten.

Der Kampf gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit braucht Menschen mit Zivilcourage und ein öffentliches Entgegenreten.

- Wir verpflichten uns auf allen Ebenen zu einem klaren Eintreten für kulturelle Vielfalt und Toleranz und zu einem Engagement in gesellschaftlichen Bündnissen gegen Rechtsextremismus.
- Wir rufen die Verantwortlichen in der katholischen Kirche auf, keine antisemitischen oder rechtsextremistischen Äußerungen in ihren Reihen, schon gar nicht von Amtsträgern zu dulden.
- Darüber hinaus fordern wir die Verantwortungsträger/innen auf, sich weiterhin entschieden von Personen, Organisationen oder Kommunikations-

plattformen der extremen Rechte zu distanzieren, die sich den Anstrich geben, im Namen der katholischen Kirche zu sprechen und rechtliche Schritte gegen solche Entwicklungen zu prüfen.

#### **Wir fordern:**

**Das Vertrauen in die demokratischen Akteurinnen und Akteure, sowie soziale Sicherungssysteme müssen erhalten und verstärkt werden, um den Anti-Demokratinnen und Anti-Demokraten keine Chance zu geben.**

**Orientierungsverlust innerhalb unserer Gesellschaft begünstigt extremistische Tendenzen.**

Soziale Notlagen, die zunehmende Verunsicherung bezüglich der sozialen Absicherung sowie mangelndes Selbstwertgefühl, beispielsweise aufgrund mangelnder Integration in den Arbeitsmarkt, mindern das Vertrauen in das demokratische und sozialmarktwirtschaftliche Gesellschaftssystem in der Bundesrepublik. Alle politisch Verantwortlichen sind dringend aufgerufen, die Sorgen und Nöte der Menschen ernst zu nehmen und eine soziale Politik zu machen, die eine umfassende Teilhabe aller ermöglicht und durch die sich jeder Mensch als wichtigen Teil der Gemeinschaft erlebt. Solch eine Politik stärkt in entscheidendem Maße das Vertrauen in das demokratische System.

Deshalb fordern wir eine Politik, die allen Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen

- eine ausreichende soziokulturelle Grundsicherung,
- die bestmögliche Bildung,
- eine kostenfreie Erstausbildung,
- ökonomische, politische und kulturelle Teilhabe garantiert.

**Die politisch Verantwortlichen müssen als wichtige politische Akteurinnen und Akteure erkennbar Position beziehen und die Entwicklung wirksamer Strategien gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus aktiver und nachhaltiger als bisher unterstützen.**

Wir fordern deshalb die politisch Verantwortlichen auf,

- klar und öffentlich für kulturelle Vielfalt und Toleranz einzutreten,
- Rechtsextremismus offensiv zu bekämpfen und rechtsextreme Straftaten nicht zu bagatellisieren,
- alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um Aktivitäten rechtsextremer Parteien und Gruppierungen zu unterbinden,

- zu einer auf Langfristigkeit angelegten Finanzierung von außerschulischer Jugend(verbands)arbeit,
- in den ostdeutschen Ländern einem konsequenten, flächendeckenden Aufbau einer auf Langfristigkeit angelegten Finanzierung von außerschulischer Jugend(verbands)arbeit den Vorrang vor Projektförderung zu geben,
- Aktivitäten, Einrichtungen sowie Interventions- und Präventionsprojekte gegen Extremismus finanziell und strukturell langfristig abzusichern,
- bei der Anerkennung von freien Trägern deren Gesinnung sorgfältig zu überprüfen,
- flächendeckende, altersgerechte politische Bildung an Schulen, Kindergärten und in der Jugendhilfe zu fördern,
- direktdemokratische und wirkliche partizipative Elemente für Kinder, Jugendliche und Erwachsene vor allem auf kommunaler Ebene zu stärken und
- eine pädagogische, geschlechtsspezifische Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen, Erwachsenen und Gruppen mit dem Ziel, sie für die Werte Vielfalt, Demokratie und Toleranz erlebbar zu machen und sie damit in die Gesellschaft zu integrieren, konsequent zu fördern.

Insbesondere im Wahljahr 2009 fordern wir alle Kandidatinnen und Kandidaten für die Parlamente eindringlich auf, das demokratische Element der Wahlen nicht zu missbrauchen. Wir fordern einen fairen Wahlkampf ohne diskriminierende Aussagen gegenüber Minderheiten und verständliche und verlässliche Aussagen, die den Bürger und die Bürgerin ernst nehmen.

#### *Quellen zur weiteren Information:*

- *Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2007*
- *BDKJ-Landesstelle Hessen: Arbeitshilfe Courage! Für Vielfalt und Toleranz, Mainz 2007*
- *DBK, EKD: Gemeinsame Texte Nr.12, „... und der Fremdling, der in deinen Toren ist.“ Bonn 1997*
- *Neue Soziale Bewegungen: Forschungsjournal Heft 4, Rechtsradikale Zivilgesellschaft, Stuttgart 2008*
- *Bundeszentrale für politische Bildung: Dossier Rechtsextremismus, Bonn 2006-2008 (URL: <http://www.bpb.de/themen/ZYC7KN.html>)*
- *Initiative Kirche gegen Rechts – In der Bistumsregion Aachen Stadt und im Kirchenkreis Aachen (<http://www.kirchegegenrechts.de>)*